



Kreistagsfraktion Ludwigsburg

An
Herrn
Landrat
Dietmar Allgaier

Hindenburgstraße 40
71638 Ludwigsburg

Ludwigsburg, 27.3.2021

Sehr geehrter Herr Allgaier,

bereits im letzten Herbst hatte die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen angeregt, dass die jährlichen Erhöhungsrunden für den VVS Stuttgart durch neue und auf mehrere Jahre verlässliche Vereinbarungen ersetzt werden sollten. In der Kreistagssitzung am 11.12.2020 hat der anwesende VVS-Geschäftsführer Horst Stammeler unseren Vorschlag begrüßt. Mit dem nachfolgenden Antrag wollen wir unserer Forderung Nachdruck verleihen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Walter

Antrag

Verstetigung der Preise im ÖPNV in der Region Stuttgart

Der Kreistag Ludwigsburg fordert die Kreisverwaltung auf, gemeinsam mit dem Landesverkehrsministerium, der Stadt Stuttgart, den zum Gebiet des VVS gehörigen Landkreisen, der Region Stuttgart und dem Verkehrsverbund Stuttgart eine Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs in der Region Stuttgart zu vereinbaren und damit für eine attraktive und verlässliche Preisgestaltung für den Zeitraum 2022-2026 zu sorgen.

Begründung:

Der öffentliche Verkehr ist einer der größten Verlierer der Corona-Pandemie. Umsatz- und Nutzer*innenrückgänge von bis zu 50% sind zu verzeichnen. Dies führt zu einer gleichzeitigen Steigerung des Individualverkehrs. Aufgrund der großen Belastung der Region Stuttgart durch den Individualverkehr müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, den Anteil des Öffentlichen Verkehrs im „Modal Split“ der Region zu vergrößern.

Durch die VVS-Tarifreform und das Aussetzen der jährlichen Preiserhöhung 2019 wurde die Attraktivität und Akzeptanz des Öffentlichen Verkehrs erhöht. Leider haben die Landkreise der Region die Angebote des Landesverkehrsministeriums für die Jahre 2020 und 2021 nicht angenommen und stattdessen wieder jährliche Preiserhöhungen durchgesetzt. Die Argumentation, das Angebot des Landes – im Jahr 2020 immerhin ein Drittel der entstehenden Kosten – wäre nicht weitreichend, ist angesichts der Tatsache, dass Baden-Württemberg nur zu 7% am VVS beteiligt ist und es bekanntlich im Land noch weitere Verkehrsbünde zu bedienen gibt, nicht nachvollziehbar. Die für den Landkreis Ludwigsburg dadurch entstandenen Kosten von ca. 800.000 Euro wären dagegen eine gute Investition in die Zukunft gewesen.

Mit den jährlichen Preiserhöhungen werden gerade diejenigen bestraft, die sich umwelt- und klimafreundlich verhalten und mit dem ÖPNV pendeln. Eine Auswertung der „Allianz pro Schiene“ hat ergeben, dass die Preise für den ÖPNV seit 2015 im Schnitt um 16% gestiegen sind. Die Kosten für das Autofahren dagegen sind nur um 4% gestiegen. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat ergeben, dass der Preisindex für den Schienenverkehr zwischen 1991 und 2017 deutlich stärker angestiegen ist als der Kraftfahrerpreisindex. Auch der Landkreis Ludwigsburg hat mit seiner Zustimmung zu den Tarifierhöhungen des VVS dazu beigetragen. Wirtschaftswissenschaftler der Universität Hamburg haben errechnet, dass Autofahren selbst im Vergleich zu den Sechziger- und Siebzigerjahren auch nach der Einführung der CO₂-Bepreisung derzeit günstig ist.

Der Mobilitätssektor ist gleichzeitig das größte Sorgenkind im Bereich des Klimaschutzes. Eine ständige Erhöhung der Preise lässt die Klimaziele in immer weitere Ferne rücken. Ein Umdenken ist daher dringend erforderlich. Wir fordern die Landkreisverwaltung deshalb auf, zeitnah eine Vereinbarung mit dem im Antrag genannten Teilnehmerkreis zugunsten eines attraktiven Nahverkehrs zu treffen.

Jürgen Walter, Brigitte Muras, Doris Renninger, Edda Bühler, Christine Knoß, Michael Klumpp.